

BASLER
FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Jetzt
unterschreiben!
Flyer beiliegend

Von einer Wahl zur anderen – im Dauereinsatz für unsere Werte und Visionen für ein prosperierendes Basel
Editorial von Johannes Barth. Seite 3

Wir müssen wieder verstärkt die inhaltliche Auseinandersetzung suchen
Regierungsratswahlen, Luca Urgese im Interview mit Eva Biland. Seite 4

Überschüsse zurück an die Steuerzahlenden
Fast alle Fraktionen haben die Forderung von Christian Moesch unterstützt – auch die SP.
Rückblick auf den Regierungsratswahlkampf
Der Wahlkampfkoordinator blickt zurück. Seite 5

Ein Affront sondergleichen
Stadtklima-Initiative durch die Hintertür. Seite 6

Liberaler Aufbruch
Die Agenda der FDP Basel-Stadt für die Grossratswahlen 2024. Seite 7

Ihre Stimme zählt
Danke Luca!
Podcast-Pflicht für Universität und FHNW
Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt und Baselland lancieren eine Petition. Seite 8

Jungfreisinnige
Aberau Seite 9

Nachruf Helmut Hersberger
Auswertung Mitgliederfragebogen Seite 10

FDP Basel-Stadt lanciert Kaufkraft-Initiative
Rückblick – Parteitag vom 16. April 2024 Seite 11



Inhalt

- 1–11 Basler Freisinn
- 12–14 Gesundheitsinitiativen
- 15 Kommunalwahlen im Tessin
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 Jungfreisinnige
- 21 Solothurner Initiative 1:85
- 22 NZZ-Interview Thierry Burkart
- 23 Kolumne Johanna Gapany

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

- 5. Juni Nominations-Parteitag Regierungsratskandidatur Oktober 2024
- 19. August Parteitag mit Auftakt Grossratswahlen
- 13. September Grillfest der FDP Basel-Stadt
- 21. September Jubiläum 10 Jahre FDP Kleinbasel, 13 bis 17 Uhr, Terrasse «Du Pont» (ehemals Café Spitz), Jubiläumsfeier anlässlich Fusion der beiden Kleinbasler Sektionen «Unteres Kleinbasel/Kleinhüningen» und «Oberes Kleinbasel» vor 10 Jahren



Gesundheitsreformen unter der Lupe

Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämientlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämientlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Von einer Wahl zur anderen – im Dauereinsatz für unsere Werte und Visionen für ein prosperierendes Basel

Editorial von Johannes Barth

Wir stehen gemeinsam am Scheideweg eines Jahres, das von herausfordernden, aber ebenso von ermutigenden Momenten geprägt war. Unser Zusammenhalt und unser unermüdlicher Einsatz haben uns durch 2023 getragen, ein Jahr, das sowohl Erfolge als auch Herausforderungen für uns bereithielt. Wir konnten das erreichte Momentum nahtlos bis ins Jahr 2024 hinübertragen, was für unsere Vorhaben dieses Jahr sehr wichtig ist.

Bei den Bürgergemeinderatswahlen im Juni letztes Jahr haben wir mit grossem Aufwand und dank eurer unerschütterlichen Unterstützung unsere drei Sitze verteidigen können. Diese Leistung ist ein klares Zeichen unserer Stärke und Entschlossenheit, die politische Landschaft von Basel-Stadt aktiv mitzugestalten. Unsere Kandidaten – Fabienne Beyeler, Christian Egeler, Walter Brack und Daniel Stolz – haben mit ihrer Erfahrung überzeugt und demonstriert, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und uns für die Interessen unserer Gemeinschaft einzusetzen.

Die Nationalratswahlen haben gezeigt, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten und unsere Botschaft Anklang fanden und wir unseren Wähleranteil steigern konnten. Unsere Listenverbindung mit den Partnerparteien hat einmal mehr unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit und unseren Einsatz für politische Vielfalt und Bürgerinteressen bewiesen, auch wenn es uns nicht zu einem Sitz gereicht hat.

Eure unermüdliche Unterstützung und euer Vertrauen sind die Grundpfeiler unseres Erfolges. Ohne euer Engagement wären die Fortschritte und Erfolge des vergangenen Jahres nicht möglich gewesen. Unser Dank gilt insbesondere dem Wahlkampfteam, das seit über einem Jahr unermüdlich im Einsatz ist.

Liebe Freisinnige, wir blicken gemeinsam nicht nur zurück auf das, was wir erreicht haben, sondern vor allem nach vorne, auf die Wege, die vor uns liegen. Im Jahr 2024 werden wir uns auf drei zentrale Themen konzentrieren, die für die Zukunft von Basel-Stadt von entscheidender Bedeutung sind: Bildungsqualität, Wirtschaft und Finanzen sowie Wohnungspolitik.

Bei der Bildung ist unser Ziel ganz klar, jedem Kind und jedem Jugendlichen in Basel-Stadt den bestmöglichen Start ins Leben zu bieten. Doch wir stehen vor Herausforderungen, besonders bei den integrativen Klassen. Die Ergebnisse zeigen uns, dass das aktuelle System nicht hält, was es verspricht. Wir setzen uns daher für eine Bildung ein, die jedes Kind erreicht, seine individuellen Fähigkeiten fördert und niemanden zurücklässt. Es ist höchste Zeit, das Steuer herumzureissen!

In Bezug auf Wirtschaft und Finanzen steht Basel-Stadt vor der Aufgabe, seine Position als dynamischer und innovativer Wirtschaftsstandort zu stärken. Wir leben in einer Zeit rasanter Veränderungen, in der Nachhaltigkeit und Innovation keine Optionen mehr sind, sondern Notwendigkeiten. Unser Einsatz für eine wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze schafft und den Wohlstand in unserem Kanton sichert, bleibt unerschütterlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Basel-Stadt ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt und gleichzeitig die Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellt. Dies bedeutet, Investitionen in grüne Technologien zu fördern, Start-ups zu unterstützen und eine Steuerpolitik zu verfolgen, die sowohl fair als auch wettbewerbsfähig ist. Der Spielraum hierfür ist definitiv gegeben!

Anzeige



Johannes Barth.

Die Wohnungspolitik ist ein weiteres zentrales Thema, das unsere Aufmerksamkeit erfordert. Wir stehen vor der Herausforderung, Wohnraum zu schaffen, der bezahlbar und gleichzeitig qualitativ hochwertig ist. Unser Ansatz ist es, vernünftige Anreize zu schaffen, die nicht nur dem Schutz der Mieter dienen, sondern auch den Bau von selbstgenutztem Wohneigentum fördern. Wir glauben, dass eine ausgewogene Wohnungspolitik, die Freiheiten schützt und gleichzeitig soziale Verantwortung fördert, möglich ist. Dies beinhaltet auch, dass wir uns für den Erhalt von Wohnraum einsetzen, der den Bedürfnissen aller Basler Bürger gerecht wird – von Familien über Einzelpersonen bis hin zu unseren Senioren.

Nicht zuletzt stehen in diesem Jahr wichtige Wahlen an. Am 20. Oktober haben wir die Gelegenheit, durch unsere Stimme die Zukunft von Basel-Stadt aktiv mitzugestalten. Jede Stimme zählt, und wir müssen auch andere ermutigen, sich an den Wahlen zu beteiligen. Gemeinsam werden wir weiterhin für ein freies, verantwortungsbewusstes und prosperierendes Basel-Stadt arbeiten. Vielen Dank für eure fortwährende Unterstützung und euer Vertrauen in uns.

Johannes Barth, Präsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Telefon 061 641 03 30

Postfach 108 4125 Riehen1
soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen,
Beton- und Fassadensanierungen



Wir müssen wieder verstärkt die inhaltliche Auseinandersetzung suchen

Regierungsratswahlen, Luca Urgese im Interview mit Eva Biland

Lieber Luca, die FDP ist stolz auf dein sehr gutes Wahlresultat. Was nimmst du aus diesen vier Monaten Wahlkampf mit?

Vielen Dank! Dieses Ergebnis war nur möglich dank einer breiten Unterstützung, die ich im bürgerlichen Lager, aber vor allem in unserer Partei spüren durfte. Dieser Zuspruch, auch bei zufälligen Begegnungen auf der Strasse: Das hat mich bis zum Schluss jeden Tag extrem motiviert.

Du hast im Laufe deines Wahlkampfes viele Gespräche mit der Bevölkerung auf der Strasse geführt. Welche Anliegen oder Sorgen sind dir da besonders in Erinnerung geblieben?

Da es um das Erziehungsdepartement ging, waren das vor allem Fragen zu Bildungsthemen. Insbesondere Eltern beschäftigt die Qualität unserer Schulen sehr stark. Und ich wurde von vielen Lehrpersonen angesprochen, die sich konkrete Verbesserungen wünschen. Deshalb werden wir als FDP auch nach dieser Wahl am Thema Bildung dranbleiben. Es muss rasch besser werden!

Die «Basler Zeitung» hat zusammengezählt: Du hast über 90 Tages- und Abendeinsätze bestritten. Wie hast du das gemacht, dass dir am Ende nicht der Schnauf ausging? Und worauf freust du dich jetzt, da du wieder mehr Zeit hast, am meisten?

Ich habe darauf geachtet, mir die nötigen Ruhe-

inseln zu schaffen. Für Sport, aber auch um fast jeden Abend noch ein Buch zu lesen. Das konnte ich zum Glück recht gut durchziehen. Aber ich bin froh, meine Freunde und meine drei Göttikinder nun wieder öfter zu sehen. Und meine Partnerin freut sich auch (lacht).

Was können wir als Partei aus deinem Wahlkampf mitnehmen? Was war am wirkungsvollsten?

Wir haben den Wahlkampf früher zu oft gegen Ende hin ausfransen lassen. Meist waren auch noch Schulferien, da haben wir zu stark nachgelassen. Diesmal hingegen blieben wir bis zum letzten Tag aktiv und auf der Strasse präsent. Das hat sich ausgezahlt. Die Menschen müssen sehen und spüren, dass wir gewinnen wollen.

Mit deinem 10-Punkte-Programm bist du ein Risiko eingegangen. Je konkreter die Forderungen, desto grösser die Gefahr, dass sich potenzielle Wählende abwenden, weil sie nicht einverstanden sind. Warum hast du das trotzdem gemacht?

Mich nerven Wahlkämpfe, wo die Kandidierenden möglichst vage bleiben aus Angst, Wählende zu verlieren. Mir war es wichtig aufzuzeigen, wo die inhaltlichen Unterschiede liegen und was die Bevölkerung von mir erwarten darf. Ganz generell bin ich der Ansicht, dass wir wieder verstärkt die inhaltliche Auseinandersetzung suchen müssen.

Passiert das denn zu wenig?

Ich finde schon. Zu oft bleibt es in Diskussionen bei harmlosen Allgemeinplätzen. Da muss man nachfassen und den politischen Gegner mit Fakten und Argumenten stellen. Nicht nur im Wahlkampf, sondern auch im Parlament und in den Medien. Die Rückmeldungen nach den Debatten zeigen: Die Wählenden schätzen das. Dafür muss man aber natürlich die Dossiers kennen. Das ist politische Knochenarbeit.

Im Herbst stehen bereits die nächsten Wahlen an. Wie soll es weitergehen mit der bürgerlichen Zusammenarbeit?

Die Zusammenarbeit innerhalb der bürgerlichen Parteien hat bei dieser Wahl sehr gut funktioniert. Das war toll und darauf sollten wir weiter aufbauen. Wichtig sind gegenseitiges Vertrauen, aber auch Konstanz. Ich bin überzeugt, dass dies der richtige Weg für Mehrheiten in unserem Kanton ist.

Und wie sieht deine politische Zukunft aus?

Mein Fokus wird in nächster Zeit auf meiner beruflichen Entwicklung und auf der Arbeit im Grosse Rat liegen. Da stehen viele spannende Diskussionen an, die ich mitprägen möchte. Ich freue mich darauf!

Überschüsse zurück an die Steuerzahlenden

Fast alle Fraktionen haben die Forderung von Christian Moesch unterstützt – auch die SP

Bekanntermassen und erfreulicherweise gehört Basel-Stadt zu denjenigen Kantonen der Schweiz, welche sich Jahr für Jahr regelmässig in der Budgetierung des Haushaltes verschätzen. In positivem Sinne! Im vergangenen Jahr hat der Kanton anstatt der budgetierten 46 Millionen Franken sage und schreibe 434 Millionen Franken Überschuss ausgewiesen.

Rückblickend auf die vergangenen 12 Jahre kumulieren sich die Gewinne auf rund 3 Milliarden Franken und ohne die ausserordentliche Ausfinanzierung der Pensionskasse wären es gar 4 Milliarden Franken gewesen. Die Schulden konnten da-

durch signifikant abgebaut werden, die Nettoschuldenlast ist mittlerweile sogar negativ.

Nun darf bzw. muss berechtigterweise die Frage gestellt werden, ob solche wiederkehrenden Überschüsse gerechtfertigt sind oder wir Steuerzahlenden schlicht und einfach zu viel bezahlen. Die Antwort ist Ja und Nein.

Wir wissen aber mittlerweile, wie schwierig es Steuersenkungen in unserem Kanton haben. Daher beschreitet die nun eingereichte Motion einen neuen Weg, indem künftig diese Überschüsse wieder an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden. Und dies im

Verhältnis zum individuellen Steueraufkommen. Der Vorstoss hat – unterstützt durch eine aktuelle Studie von Avenir Suisse zu dem Thema – nebst den bürgerlichen Vertretern des Grossen Rats auch grosse Teile der Linken überzeugt. Der Vorstoss wurde mit grossem Mehr an den Regierungsrat überwiesen.

Wir dürfen nun gespannt sein, wie die Antwort der Regierung ausfallen wird. Spätestens in drei Monaten wissen wir mehr. Und es stehen im Herbst ja auch Wahlen an.

Christian Moesch, Grossrat

Rückblick auf den Regierungsratswahlkampf

Der Wahlkampfkoordinator blickt zurück

Aufgrund der Wahl von Beat Jans in den Bundesrat musste zeitnah eine Ersatzwahl sowohl für den Regierungsrat als auch für das Regierungspräsidium organisiert werden. Dies war aufgrund der Weihnachts- und Endjahresfeiertage sowie wegen der Faschachts- und Frühlingsferien kein einfaches Unterfangen. Innert kürzester Zeit gelang es, die vier bürgerlichen Parteien FDP, LDP, Die Mitte sowie SVP auf eine Linie zu bringen und an Sonderparteitag die Zustimmung der Basis einzuholen. Die GLP liessen wir aussen vor, nicht zuletzt wegen ihres Verhaltens vor und während des NR-Wahlkampfes.

Viel Arbeit in kürzester Zeit

Die Wahl der Agentur fiel auf Farner, die mit den beiden Baslern Ilan Olstein und Dimitri Parisi sowie David Wember in die Kampfmontur stiegen. Es galt, das Budget mit Terminplan auf die Beine zu stellen, das Fundraising aufzugleisen, die Fotos zu schiessen, Plakatstellen zu reservieren und die Werbemittel zu kreieren. Zudem mussten wir die staatlichen Vorgaben für die Wahlen erfüllen und Unterschriften beschaffen.

Ein Ruck ging durch das bürgerliche Lager

Schon der grosse Aufmarsch an den kurzfristig einberufenen Sonderparteitagen der FDP und der LDP zeigte, dass ein Ruck durch das bürgerliche Lager ging. Wir sahen die Chance, Linksgrün einen Sitz wegzunehmen. Entsprechend erfreulich lief dann auch das Fundraising, so dass die Parteien FDP und LDP nicht zu tief in die Reserven greifen mussten, denn im Herbst stehen ja bereits die Gesamterneuerungswahlen für die Regierung und den Grossen Rat an.

Leichte Enttäuschung nach erstem Wahlgang

Conradin Cramer erzielte im ersten Wahlgang der Wahl ins Präsidium ein derart gutes Resultat, dass die anderen – bis auf Herrn W. aus B. – auf den 2. Wahlgang verzichteten. Wir hofften, dass für Luca Urgese angesichts der beiden linksgrünen Kandidaten ein erster Platz möglich wäre. Aber das Resultat des Grünen Thiriet war derart enttäuschend, dass Atici vorne lag, trotz guter Ergebnisse von Urgese in Riehen und Bettingen.

Vollgas im zweiten Wahlgang

Da fürs Präsidium Conradin Cramer quasi nur der Form halber antreten musste, legten wir den Fokus auf Luca Urgese. Nun war auch klar, dass es ums Erziehungsdepartement ging. Dank des 10-Punkte-Plans von Luca Urgese musste nun konkreter dis-

kutiert werden. Dadurch schwang er in den Podien und Mediengesprächen je länger je mehr obenaus. Eine grosse Aufholjagd mit einem sehr respektablen Ergebnis war das Resultat.

Tolles Wahlkampfteam

Zu loben ist die Disziplin und die Solidarität sowie der zeitliche Einsatz der vier bürgerlichen Parteien. Aus meiner Sicht ist das eine gute Basis für die Gesamterneuerungswahlen im Herbst. Mein Lob und Dank geht an die Parteileitungen und Sekretariate der vier Parteien. Erlaubt sei mir ein besonderes Lob für Urs Katzenstein (Standaktionen, Plakatverteilung) und Stefan Inderbini (Fundraising, Verdankungen, Buchhaltung). Und natürlich ein grosses Lob und vielen herzlichen Dank an die beiden Kandidaten Conradin Cramer und Luca Urgese, die einen intensiven Wahlkampf geliefert haben.

Edwin Tschopp, Wahlkampfkoordinator

Anzeige

Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

+41 (61) 641 17 54
lergenmueller@bluewin.ch
www.lergenmuellerag.ch

Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung
Reparatur- & Wartungsservice

Stadtklima-Initiativen durch die Hintertür



Therwilerstrasse: Parkplätze werden auf einer Strassenseite durch Baumneupflanzungen ersetzt.

Die Stimmberechtigten haben im vergangenen November die sogenannten Stadtklima-Initiativen mit aller Deutlichkeit abgelehnt. Die rot-grüne Parlamentsmehrheit will das Anliegen trotzdem durchboxen. Ende November letzten Jahres haben die Basler Stimmberechtigten über die Stadtklima-Initiativen abgestimmt. Die beiden Begehren mit den salbungsvollen Namen «Gute-Luft-» und «Zukunfts-Initiative» wurden von der radikalen Organisation Umverkehr» lanciert und von links-grünen Kreisen unterstützt.

Arroganz der Macht

Die Umsetzung hätte Basel für Jahre zu einer Grossbaustelle gemacht, zu massivem Parkplatzverlust geführt und auch die wirtschaftliche Pros-

perität der Stadt gefährdet. Aber erfreulicherweise haben die Basler Stimmberechtigten diese Gefahren erkannt und beide Initiativen mit 56,9 bzw. 60 Prozent Nein bachab geschickt.

Doch nicht einmal einen Monat nach dieser denkwürdigen Abstimmung boxte die unterlegene rot-grüne Mehrheit im Basler Grossen Rat zwei Motionen durch, die den in den parlamentarischen Behandlungen untergegangenen Gegenvorschlägen zu den Stadtklima-Initiativen entsprechen. Und im April wurden die beiden Motionen das zweite Mal überwiesen.

Ein Affront sondergleichen

Dieses Vorgehen ist ein Affront sondergleichen. Die Stimmbevölkerung hat sich klar gegen die bei-

den Initiativen ausgesprochen. Da gibt es nichts zu interpretieren. Der Volkswille war klar. Diesen mittels Motionen zu umgehen, ist staatspolitisch höchst problematisch, eine Zwängerei und undemokratisch. Bürgerliche Kreise haben erfolglos verlangt, dass die beiden Motionen durch die Motionäre zurückgezogen werden.

Regierung sieht keinen Handlungsbedarf

Wie die Antworten der Regierung auf meine Interpellation betreffend den Umgang mit den abgelehnten Stadtklima-Initiativen zeigen, sieht die Regierung keinen Handlungsbedarf und scheint weitermachen zu wollen, als ob es im November kein deutliches Volksnein gegeben hätte. Schon werden in den ersten Strassen, wie durch die Initiativen verlangt, Umwidmungen von Strassenflächen und Parkplätzen geplant. Da, wo vorher noch ein Parkplatz war, sollen neu Bäume gepflanzt werden. Das in Strassenzügen wie z. B. der Therwilerstrasse und der Paulusgasse, wo es heute schon sehr grün ist und wo heute schon viele Bäume stehen. Auch die Regierung scheint sich um das Volksnein zu foutieren. Da muss man sich nicht wundern, wenn sich immer mehr Menschen von der Politik verabschieden und die Stimm- und Wahlbeteiligung abnimmt.

Daniel Seiler, Grossrat

Anzeige

OCB ORTHOPÄDISCHE
CHIRURGIE
BASEL

Wohlbefinden für jeden Tag

Ihr Bewegungsprogramm unter | ocbasel.ch/praxis



Dr. med. Christoph Holenstein

Facharzt FMH für Orthopädie und Sportmedizin

OCB Bethesda Campus

Gellerstrasse 148.2 | 4052 Basel

Wir sind immer für Sie da, wenn Sie ärztlichen Rat brauchen.

Hüft- & Kniechirurgie, insbesondere Gelenkersatz und Revisionen, Sportorthopädie, Zweitmeinungen und Begutachtungen.



Liberaler Aufbruch: Die Agenda der FDP Basel-Stadt für die Grossratswahlen 2024

Mit der Nomination von 99 engagierten Freisinnigen für die Grossratswahlen im Herbst ist am letzten Parteitag der Startschuss in den Wahlkampf gefallen.

Die FDP bietet den Wählerinnen und Wählern starke Persönlichkeiten mit echten Lösungen, damit die politischen Herausforderungen Basels wieder mit mehr Liberalismus und Eigenverantwortung bewältigt werden.

Für unsere Wählerinnen und Wähler stehen wir mit grundliberalen Überzeugungen ein. Besonders wichtig ist das dringend nötige Umdenken in der Steuerpolitik. Steuergeld gehört nicht dem Staat. Es wird ihm von den Steuerzahlern zur Verfügung gestellt. Im Umkehrschluss muss das Geld wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurück-

fliessen, wenn der Staat es für die Bewältigung seiner Aufgaben nicht benötigt. Dafür kämpfen wir mit unserer Kaufkraft-Initiative und anderen Vorstössen.

Ein weiterer Schwerpunkt der FDP sind die vielen ungeklärten Fragen im Bildungswesen. Welche Aufgaben soll die Schule haben und welche nicht? Wie können wir die Eltern sinnvoll einbinden? Wie können wir das duale Bildungssystem stärken? Bildung ist unsere einzige Ressource und die Wurzel unseres Wohlstandes. Wir können uns in diesem Bereich keine Schwäche leisten. Wir werden alles daransetzen, dass die Basler Bildungspolitik nachhaltig verbessert wird.

Unser drittes Fokusthema im Wahlkampf ist die stagnierende Wohnpolitik. Stillstand ist Rück-

schrift, dies gilt hier besonders. Dieser Stillstand ist hausgemacht. Behördliche Überregulierung und ideologisierte Entscheidungsgremien verhindern einen echten Diskurs und somit die Konsensfindung, die alle Seiten unbedingt brauchen. Hier braucht es den Basler Freisinn, der schon oft genug bewiesen hat, dass er in verfahrenen Situationen die nötige Übersicht behält.

Mit diesen drei Schwerpunktthemen wird die FDP Basel-Stadt bei den Wählerinnen und Wählern im Herbst punkten. Wir haben die Köpfe, wir haben die Lösungen und wir haben den Mut, um wieder eine gewichtigere Stimme im Grossen Rat zu bekommen.

Tamara Alù, Vizepräsidentin

Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Basel-Stadt

FDP Quartierverein Grossbasel-West

Danke Luca!

Gegenüber dem ersten Wahlgang konnte **Luca Urgese** trotz der geschlossenen linksgrünen Reihen mit seiner eindrucksvollen Aufholjagd weiter Wähleranteile gewinnen. Mit einem Wähleranteil von über 45 Prozent erzielte er ein respektables Ergebnis. Der Quartierverein FDP Grossbasel-West bedankt sich bei Luca für seinen sehr engagierten und

intensiven Wahlkampf. Gleichzeitig möchten wir die Gelegenheit nutzen, um uns beim Team der FDP zu bedanken, das Luca Tag für Tag tatkräftig im Wahlkampf unterstützt hat. Dank dem geschlossenen Auftreten konnten wir im zweiten Wahlgang eine beachtliche Aufholjagd hinlegen. Am 20. Oktober 2024 finden die Gesamterneuerungswahlen

statt. **Wir können den Unterschied machen!** Gemeinsam können wir viel erreichen! Jede Stimme zählt und macht einen Unterschied. Lasst uns gemeinsam für eine starke und zukunftsorientierte FDP Basel-Stadt kämpfen. Ihre Stimme zählt!

Vojin Rakic, Präsident FDP Grossbasel-West

Jungfreisinn Basel-Stadt

Podcast-Pflicht für Universität und FHNW

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt und Baselland lancieren eine Petition.

Die Jungfreisinnigen fordern eine Podcast-Pflicht und lancieren dafür eine Petition. Vorlesungen (ausgenommen Seminare, Praktika und Übungen) sollen übertragen und als Podcast aufgezeichnet werden. Viele Studierende der Universität Basel und der FHNW sehen sich mit der Problematik konfrontiert, Studium und Beruf in Einklang bringen zu müssen. Aufgrund hoher Lebenshaltungskosten sowie des oft vorhandenen Bedürfnisses bzw. teilweise auch der Anforderung, neben dem Studium praktische Erfahrung im Beruf zu sammeln, sind schweizweit rund 73 Prozent der Studierenden mit der Herausforderung konfrontiert, Studium und Beruf mitein-

ander vereinen zu müssen. Obschon die Problematik bekannt ist, findet sie wenig Gehör. Durch Präsenzvorlesungen ohne Podcast- oder Streamingmöglichkeiten wird das Vereinbaren von Beruf und Studienalltag oft unnötig zu einer Herkulesaufgabe. Ein Problem, das einfach lösbar wäre!

Mit unserer Forderung könnten die Studierenden bei Verhinderung die Vorlesungen nachträglich schauen und aufarbeiten. Weiter wird durch eine Podcast-Pflicht sichergestellt, dass berufstätige Studierende nicht Gefahr laufen, wichtige Inhalte zu verpassen, und somit auch schon wertvolle berufliche Erfahrungen sammeln können.

Viele Universitäten leben bereits heute eine Praxis, in welcher Vorlesungen grundsätzlich auch digital und im Nachhinein zugänglich gemacht werden. Die Coronazeit hat gezeigt, dass dies einfach machbar ist, und die technischen Voraussetzungen sollten immer noch gegeben sein, womit fast keine Kosten anfallen dürften. Unsere Petition bietet also eine Lösung für das aus der Zeit gefallene Luxusgut eines Selbststudiums.

Alexandra Leake,
Präsidentin JFBS



Alexandra Leake und Cyril Bleisch vor der Universität Basel.

Hier
geht's direkt
zur Petition



<https://act.campax.org/petitions/jungfreisinnige-fordern-podcast-pflicht-an-universitat-und-fhnw>

Wir danken herzlich fürs Unterzeichnen der Petition.

Jungfreisinnige Basel-Stadt

In den vergangenen Monaten haben die Jungfreisinnigen Basel-Stadt eine ereignisreiche Zeit erlebt. Insbesondere unsere Initiative, die Anfang März zur Abstimmung stand, hat grosse Aufmerksamkeit erregt. Mit 25,3 Prozent endete das Kapitel unserer ersten eigenen nationalen Initiative. Einige von uns erinnern sich noch gut an die Anfänge dieses Vorhabens. Für unsere Jungpartei war es ein bedeutender Erfolg, eine Initiative zu initiieren und bis zur Abstimmung zu verfolgen. Kaum war dieses grosse Projekt abgeschlossen, standen bereits die nächsten Herausforderungen vor der Tür. Jonas Lüthy sollte zum nationalen Präsidenten gewählt werden. Es galt, alle Kräfte zu mobilisieren. Beim jährlichen Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz, der dieses Jahr in Zürich stattfand, wurde Jonas Lüthy mit überwältigendem Ergebnis zum neuen Präsidenten gewählt. Wir sind ungemein stolz auf ihn und wünschen ihm viel Erfolg auf seinem weiteren Weg.

Im April führten wir unsere ordentliche Generalversammlung durch, bei der wir Jonas Lüthy, unseren Präsidenten, verabschiedeten und zu den Jungfreisinnigen Schweiz ziehen lassen mussten. Ausserdem entschieden sich Aurin Giuoco, unser Sekretär, und Nicolai Bleskie, unser Kassier, ihre Zeit im Vorstand der JFBS zu beenden. Auch ihnen wünschen wir alles Gute und viel Erfolg für ihre Zukunft. Mit dieser Verabschiedung schliesst sich ein Kapitel, aber gleichzeitig öffnet sich ein neues. Mit Alexandra Leake haben wir nun eine neue Präsidentin an der Spitze. Sie wird tatkräftig durch ihren Vorstand unterstützt, der nun aus folgenden Mitgliedern besteht: Leo Rey, Kerem Uslu, Lionel Mumenthaler, Tobija Meyer, Alexandros Riggenbach, Isabel Jung und Jens Thomsen.

Nur wenige Tage nach der Bekanntgabe des Wechsels in unserer Präsidentschaft haben wir bereits eine Petition zusammen mit den Jungfreisinnigen Baselland lanciert. Mit dieser Petition fordern



wir eine Podcast-Pflicht an der FHNW und der Universität Basel. Ziel ist es, es den Studierenden zu erleichtern, neben dem Studium einer Arbeit nachzugehen. Oft wird erwartet, dass Absolventen bereits Arbeitserfahrung haben. Die Podcast-Pflicht soll dies ermöglichen und den Balanceakt zwischen Studium und Arbeit vereinfachen.

Gemeinsam mit dem neuen Vorstand sind wir gespannt, was die Zukunft für uns bereithält und welche Lösungsansätze wir entwickeln können, um eine lösungsorientierte alternative Stimme zu den linksgrünen Kräften in Basel zu sein.

Alexandra Leake, Präsidentin

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schiefgehen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Erlauben Sie kurz einen Rückblick auf die Ersatzwahlen für den Regierungsratssitz und das Regierungspräsidium.

Erfreulich ist, dass Conradin Cramer so gut gewählt wurde. Endlich kann eine bürgerlich orientierte Person beweisen, was es heisst, die Regierung dieses Kantons zu präsidieren und unseren Kanton würdig zu repräsentieren. Aber Obacht: Es gibt etwelche Fettnäpfchen und einiges zu tun im vergleichsweise kleinen Departement. Da sind die Dossiers Wohnen und Stadtentwicklung. Aber auch bei den Museen und den Begehren anderer Kulturinstitutionen muss genau hingeschaut werden. Und dann ist da noch des Rathausstürstehers Lieblingsthema: die Gleichstellung. Interessant, dass die dafür zuständige Amtsstelle nur noch von Vertreterinnen des «schwächeren» Geschlechts besetzt ist. Wo bleibt die Gleichstellung in Sachen Geschlecht, Gender, Hautfarbe, Gewicht und IQ?

Zwar ist Luca Urgese etwas enttäuscht über sein Abschneiden, aber er darf sehr stolz sein auf das Ergebnis nach dem zweiten Wahlgang. In Riehen und Bettingen gewann er klar. Es war in einem ultrakurzen Wahlkampf ein Bergaufgefecht gegen einen linksgrünen Block, der den dritten SP-Sitz vehement verteidigte. Das Schlussresultat mit dem formidable Aufholen belegt aber, dass im 1:1-Vergleich, Luca Urgese gegenüber Mustafa Atici die konkreteren Aussagen machte. Es wurde ihm sogar von eher linken Journalisten attestiert, dass er einen sehr guten Wahlkampf geführt hätte und für weitere höhere Aufgaben geeignet wäre.

Gelobt sei für einmal die bürgerliche Zusammenarbeit während des Wahlkampfes. Alle Vertreterinnen und Vertreter der vier Parteien FDP, LDP, Die Mitte und SVP haben toll mitgemacht. Hoffentlich ist dies ein gutes Zeichen für die Gesamterneuerungswahlen im Herbst. Viel wird davon abhängen, wen die Mitglieder der SVP für die Regierungsratswahlen nominieren werden.

Ungemütlich wird es für Regierungsrätin Esther Keller, deren Sitz nun sowohl von linksgrüner als auch von bürgerlicher Seite angegriffen wird.

Zum Schluss kann ich natürlich nicht umhin, den Running Gag der roten Mietvelos, die allerorten die Veloparkplätze verstopfen, zu erwähnen. Neu dürfen mit den roten Dingern auch die Grenzorte befahren werden, wie die umtriebige Regierungsrätin Esther Keller selbst zeigte. Wird das dem Programm helfen?

Rathausstürsteh

Anzeige



Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG / Hardstrasse 92 / 4052 Basel / 061 311 39 60 / info@st-h.ch / straumannhipp.ch

Nachruf

Helmut Hersberger

Am 24. April 2024 ist Helmut Hersberger im Alter von 72 Jahren von uns gegangen. Er politisierte von 2005 bis 2017 für den Freisinn im Grossen Rat.

Wir verlieren mit Helmut einen Freund und Parteikollegen, welcher es verstanden hat, sich nicht nur lokal, sondern auch grenzüberschreitend für die Dreiländerregion zu engagieren. Nebst seiner Kommissionsarbeit unter anderem im Districtsrat, der UVEK und der Regiokommission war er Ratspräsident des Oberrheinrats. In seinen parlamentarischen Geschäften forderte er denn auch wiederholt verkehrsoptimierende Lösungsansätze im trinationalen Verbund. Seine Weggefährten beschrieben ihn als Politiker,



der sich zuerst Gedanken machte und dann redete. Er war Ökonom, spezialisierte sich beruflich auf die Beratung im Bereich von Wirtschaftsdelikten und war seit 2006 Bankrat der Basler Kantonalbank.

Helmut liebte die Natur, er repräsentierte seine Wohngemeinde Bettingen als Grossrat und verstand es ebenso gut, die Interessen der kantonalen Landgemeinde im Ratsbetrieb zu vertreten als auch die städtischen Interessen in die dörfliche Einwohnergemeindeversammlung zu bringen. Privat engagierte er sich über viele Jahre für das Naturschutzgebiet Petite Camargue Alsacienne. Er lud gerne und grosszügig zu Exkursionen dorthin ein und begeisterte seine Zuhörer mit seinem Wissen über die Vogelkunde rund um das vernetzte pittoreske Gewässersystem.

In Dankbarkeit für sein Engagement für die FDP und das Gemeinwohl der Dreiländerregion wünschen wir seiner Familie viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Eva Biland, Vizepräsidentin

Auswertung Mitgliederfragebogen vom Parteitag im Januar

Rückmeldungen zu Gutem und zu Änderungswünschen sowie diverse gute Ideen

Am Parteitag im Januar 2024 wurden die Parteimitglieder spontan zu einer schriftlichen, anonymen Meinungserhebung eingeladen. Anhand der partizipativen Rückmeldungen sollten Erkenntnisse für die weitere politische Arbeit der Partei gesammelt werden können. Für die Auswertung lagen insgesamt 46 Fragebogen vor. Die Fragen wurden bewusst einfach und bezüglich Themen offen formuliert: Gefragt wurde, was in Basel gut funktioniert, wo der Schuh drückt und was anders werden muss.

Es mag eine erste Erkenntnis sein, dass mehr leere Antworten auf die Frage «Was funktioniert gut in Basel?» als auf die Frage «Wo drückt der Schuh?» eingegangen sind. Offenbar besteht für

den Einzelnen noch Verbesserungspotenzial bezüglich der Lebensqualität im Stadtkanton.

Gut funktionieren in Basel nach der Meinung der Parteimitglieder in absteigender Reihenfolge der öffentliche Verkehr, das Kulturangebot, die finanziellen Mittel im Kanton, die Stadtreinigung/-gärtnerei, der Sozialstaat, Massnahmen zu Klimaschutz/Nachhaltigkeit und der Arbeitsmarkt. Positive Einzelrückmeldungen gingen ein zur allgemeinen Lebensqualität, zur Bedeutung der Basler Fasnacht und des Basler Mäzenentums, aber auch zur Stimmung und zur Jugendförderung innerhalb der Partei.

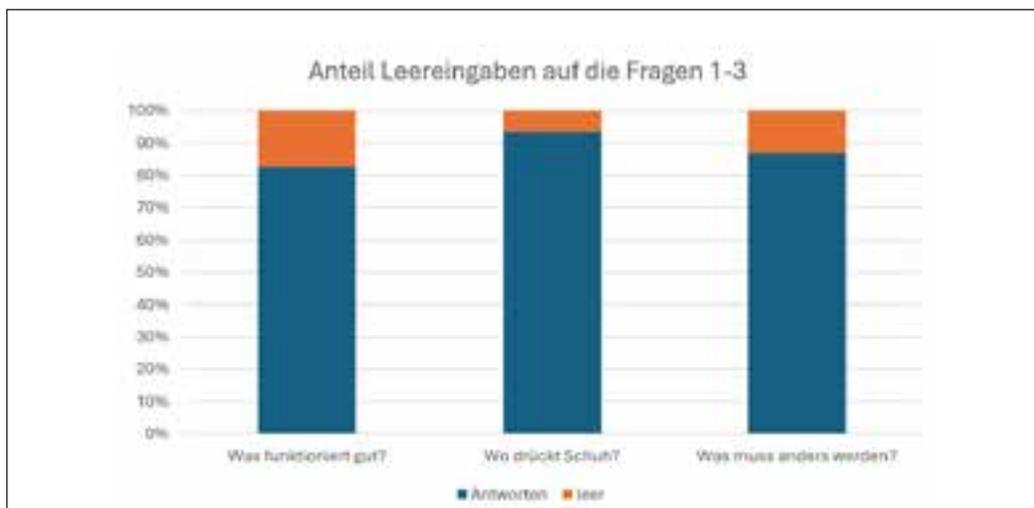
Ebenfalls in absteigender Reihenfolge drückt der Schuh am meisten bei der Basler Verkehrspoli-

tik (Parkplatzabbau, Tempo 30 etc.), bei der Bildung (Niveau, Maturitätsquote, Berufslehre), bei der Sicherheit, der Verwaltungseffizienz, der Steuerbelastung, der Wohnpolitik und bei der städtischen Baustellenkoordination. Einzelne Voten bemängelten die Gesundheitskosten, dass die Wirtschaft zu wenig diversifiziert sei, die Abwanderungstendenz von Privaten und Firmen, die fehlenden Freilaufzonen für Hunde und die unzureichende Papierabfuhr im Zeitalter von Onlinehandel und Heimlieferungen.

Was in Basel anders werden sollte, wurde – ebenfalls in absteigender Reihenfolge – wie folgt aufgezählt: die Verkehrspolitik nicht nur betreffend Infrastruktur (Herzstück, Rheintunnel, Parkhäuser), sondern auch betreffend Verrohung der gegenseitigen Rücksicht von Velofahrern, Trottis und Fussgängern. Anders werden soll im Bereich Wirtschaft, dass Basel mehr zur Metropole gemacht (Messen, Konzerte) und unternehmerfreundlicher politisiert werden soll. Weiter soll die Bildungsqualität verbessert werden, der Wunsch nach weniger Demonstrationen wurde mehrmals geäussert und man erhofft sich eine bürgerliche Emanzipation. Allgemein sollen die gesellschaftliche Gemeinschaft gefördert und die Bürokratie gemindert werden. Einzelne Voten wünschten sich günstigeren Strom, weniger Littering, die Fusion mit Baselland und allgemein mehr «grosse Würfe».

Die vielen Rückmeldungen seien an dieser Stelle recht herzlich verdankt. Die Erkenntnisse werden dazu dienen, die politischen Bestrebungen hinsichtlich eines prosperierenden Basels weiter zu schärfen.

Eva Biland, Vizepräsidentin



Wirtschaft & Finanzen

FDP Basel-Stadt lanciert Kaufkraft-Initiative

Nach den seit Jahren anhaltenden Überschüssen von durchschnittlich 300 Millionen Franken pro Jahr in den letzten 15 Jahren lancierte die FDP Basel-Stadt im März die Kaufkraft-Initiative. Diese zielt darauf ab, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhöhen, indem sie die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch die Steuern verringert. Die Initiative fordert eine Senkung der drei Einkommenssteuersätze um jeweils einen Prozentpunkt.

Der Kanton Basel-Stadt hat im März seine Rechnung und dabei einen Überschuss von 434 Millionen Franken präsentiert. In den vergangenen 15 Jahren hat der Kanton somit durchschnittlich einen Überschuss von über 300 Millionen Franken ausgewiesen – dies bei einem jährlichen Gesamtertrag von im Schnitt rund 4,5 Milliarden Franken. Deshalb hat die Arbeitsgruppe Wirtschaft & Finanzen die Kaufkraft-Initiative ausgearbeitet. Diese

wurde nun im März von der FDP Basel-Stadt lanciert. Sie trägt dazu bei, rund 60 Millionen Franken an zusätzlicher Kaufkraft freizusetzen, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen wird. Für einen Haushalt mit einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken bedeutet dies als Beispiel jährlich 500 Franken mehr im Portemonnaie. Und wenn dank der Initiative die jährlichen Überschüsse nicht mehr ganz so exorbitant hoch ausfallen, hat dies hoffentlich auch eine mässige Wirkung auf die Ausgabenplanung unseres Kantons. Nicht zuletzt stärkt die Kaufkraft-Initiative die Standortattraktivität, denn ein Blick auf den nationalen Steuervergleich zeigt, dass sich Basel-Stadt nach wie vor verbessern kann. Die Kaufkraft-Initiative stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons.

Tamara Alù
Leiterin Arbeitsgruppe Wirtschaft & Finanzen



Wir brauchen Ihre Unterstützung!
Sammeln Sie in Ihrem Umfeld Unterschriften mit dem beiliegenden Unterschriftenbogen und senden Sie uns diese schnellstmöglich wieder zurück. Weitere Unterschriftenbogen sind auch auf www.fdp-bs.ch bestellbar.

Parteitag vom 16. April 2024

Rückblick Regierungsratsersatzwahl und Nomination der Grossratskandidatinnen und -kandidaten

An der Generalversammlung vom 16. April im Kulturhaus Hübse konnte unsere FDP Basel-Stadt ihre 99 Kandidatinnen und Kandidaten für die kommenden Grossratswahlen am 20. Oktober 2024 offiziell nominieren. Die Nominationsveranstaltung markierte den Beginn eines Wahlkampfes, bei dem die Partei mit einem starken Team und klar definierten Zielen antritt.

Nebst den Schwerpunktthemen Finanzen und Wirtschaft, Bildung und Wohnen wird der Fokus vor allem auch auf die Kaufkraft-Initiative gelegt, welche im April lanciert wurde und über welche Sie in dieser Zeitungsausgabe noch mehr erfahren können.

Im statuarischen Teil der Versammlung präsentierte der Kassier Stefan Inderbinen die Jahresrechnung 2023 und das Budget für 2024. Zudem gab es im Vorstand Mutationen: Sowohl Isabelle Mati als auch Christoph Holenstein traten aus zeitlichen Gründen zurück, Zerina Rahmen wurde neu in den Vorstand gewählt. Die beiden Abtretenden wurden für ihr Engagement in den letzten drei Jahren verdankt.

Im Hinblick auf die nationalen Volksabstimmungen vom 9. Juni 2024 wurden folgende Parolen gefasst: Die Partei lehnt die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP einstimmig und die Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei mit einer Enthaltung deutlich ab. Die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» wurde mit sechs Enthaltungen, zwei Jastimmen und 62 Neinstimmen abgelehnt. Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien wurde mit acht Enthaltungen, sieben Neinstimmen und 55 Jastimmen angenommen. Abgerundet wurde die Versammlung mit einem Rückblick auf die Regierungsratswahlen 2024, bei welchem sich Luca Urgese bei den Mitgliedern für ihre breite Unterstützung bedankte. Wer im Herbst bei den Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat antritt, ist noch unklar. Über die Nomination entscheidet die Parteibasis am ausserordentlichen Parteitag in den nächsten Wochen.

Den Ausklang des Abends genoss man bei guten Gesprächen und viel Heiterkeit in der Künstler-Klausur des Kulturhauses Hübse.

Giorgia Liuzzo, Geschäftsführerin

Parolen

9. Juni 2024

NEIN

Volksinitiative vom 23. Januar 2020
«Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

NEIN

Volksinitiative vom 10. März 2020
«Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

NEIN

Volksinitiative vom 16. Dezember 2021
«Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

JA

Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Nein zur Kostenbremse-Initiative

Kampagnenbild des Komitees «2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



Unsere Kranken warten lassen?

Nein, danke!

Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)



Symbolbild: Adobe Stock

FDP

Die Liberalen

2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

2x NEIN
zur Kostenbremse-
und Prämien-Initiative

Zum
Video



Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen



Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.



Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.



Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Wahlplakat des PLR Ticino, 2023.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemein Sinn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



Muriel Frei, Vorstandsmitglied, Kommunikationsverantwortliche Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Ein Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Ein Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren

auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:
www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Ein Stock höher» unterschreiben:
www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch

Jonas Lüthy, neugewählter Präsident der Schweizer Jungfreisinnigen.



Die Schuldenbremse als Bollwerk des Generationenvertrags

Schuldenbremse unter Beschuss

Die Schuldenbremse steht unter linkem Dauerbeschuss, das ist nichts Neues. Während der finanzpolitische Schulterschluss der Bürgerlichen die Angriffe aber bisher unisono abwehren konnte, scheint diese Front nun zu erodieren.

Unlängst wurde bekannt, dass Teile der Mitte-Partei nun auch finanzpolitisch den Pfad der Tugend verlassen haben und die Schuldenbremse mit einer ausserordentlichen Finanzierung für die Nachrüstung der Armee und die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine auszuhebeln versuchen.

Kommende Generationen haben das Nachsehen

Da der Bundeshaushalt ohnehin bereits unter Druck steht, droht ein Verteilungskampf. In diesem Umfeld ist es selbstredend keine einfache Aufgabe, im Bundeshaushalt genügend Spielraum zu schaffen, um die zwingend notwendige Wehrfähigkeit der Armee wiederherzustellen. Aufgrund dessen jedoch die Schuldenbremse zu torpedieren, ist in verschiedener Hinsicht fehlgeleitet. Einerseits würde damit sinnbildlich der Damm brechen, um später weitere Ausgaben an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen, andererseits täuscht nichts über die Tatsache hinweg, dass bei neuen Schulden letztendlich immer die nächsten Generationen das Nachsehen haben.

Bei den Bundesausgaben muss der Rotstift angesetzt werden

Zweifelsohne hat Sicherheit als zentrale Staatsaufgabe einen hohen Stellenwert für die freie Schweiz. Mit Blick auf die nächsten Generationen ist aber zu bekräftigen, dass bevor über eine Finanzierung mit Lockerungen im Schuldenregime oder neue Steuern und Abgaben diskutiert wird, es vielmehr an der Zeit wäre, bei den Bundesausgaben den Rotstift anzusetzen. Handlungsbedarf gibt es reichlich, namentlich beim Personalaufwand, der Landwirtschaft oder im Kulturbereich. Der ungebrochene Einsatz der liberalen Kräfte für die Schuldenbremse ist wichtig – beginnt jene zu bröckeln, bröckelt der Generationenvertrag gleich mit.



Jonas Lüthy
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

**Wechsel in der Präsidentschaft:
Danke für alles, Matthias, willkommen Jonas!**

Ende März trafen sich die Jungfreisinnigen in Zürich zu ihrem Jahreskongress. Auf dem Programm standen zahlreiche Stellungnahmen zu den bevorstehenden Abstimmungen, Diskussionen über die Rolle des öffentlichen Dienstes, aber auch die Neubesetzung des Präsidiums. Matthias Müller, der die Partei seit über vier Jahren leitete, wurde verabschiedet und ihm für seine Arbeit herzlich gedankt. Jonas Lüthy wurde zum neuen Präsidenten gewählt und übernahm die Führung der Partei. Der 21-jährige Basler studiert Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg und will die liberalen Werte durch effektive Kampagnen weitertragen. Wir wünschen ihm viel Erfolg!



Gabrielle de Simone
Geschäftsführerin Jungfreisinnige Schweiz

Bild: FDP Solothurn



Engagement gegen Bürokratie-Ausbau

Die 1:85 Initiative im Rückblick

Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Einreichung der Volksinitiative vor dem Solothurner Rathaus. Bild: FDP Solothurn

Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuvorstern» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verdingt dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nach wie vor
felsenfest davon
überzeugt, dass der
sorgfältige Umgang
mit Finanzen
entscheidend ist
für den Wohlstand
in diesem Land.»

«Ich bin nicht bereit, unsere Seele
für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen. Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt. Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Verpasse nie wieder spannende Updates!

Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Prämien-Initiative



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Impfpflicht-Initiative



JA

Stromgesetz (Mantelerlass)